

Ingar Solty und Stephen Gill

## Krise, Legitimität und die Zukunft Europas

Skizze eines Forschungsansatzes

### *Legitimität und der Staat*

Im Anschluss an Max Webers klassische Definition (1980, 122) kann Legitimität definiert werden als »legitimate (or constitutionalized) monopoly of organized coercion in a given territorial area«, zu der die »ability to raise taxes or the right to make decisions that are collectively binding on individuals and collectivities present in its sovereign territory« (Jessop 2002, 37) gehört. Die Frage der Legitimität war lange Zeit eine Schlüsselkategorie in der Debatte über den Staat im Kapitalismus. In der kurz vor und während der Fordismuskrise geführten materialistischen Staatsdebatte beispielsweise wiesen marxistische wie nichtmarxistische Theoretiker auf den Doppelcharakter des kapitalistischen Staates hin, der ein Gleichgewicht herzustellen hat zwischen der Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas für die privatkapitalistische Akkumulation (in der Regel zu Lasten der Arbeit und der Umwelt) einerseits und der Legitimität (in den Augen der arbeitenden Bevölkerung). Zugleich wurde Legitimität in den Debatten in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren weitgehend in Verknüpfung mit der Bereitstellung materieller Sachleistungen durch den Wohlfahrtsstaat gedacht und analysiert. Seit den späten 1970er Jahren verschwand das Konzept der Legitimität jedoch zunehmend aus der marxistischen Staatsanalyse. Dies war weitgehend eine Folge der neoliberalen Wende und des daran anschließenden Rückbaus des Sozialstaats, insofern dieser nicht zu einer tiefen Legitimitätskrise führte. Im Gegenteil, die starken Klassenkämpfe der späten 1960er und frühen 1970er Jahre gingen im Zuge der wachsenden Kapitalmobilität und der Internationalisierung der Produktion sowie der Entstehung und dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit Schritt für Schritt zurück. Die linke Vorwärtsepoche endete um den Zeitpunkt des Putsches in Chile 1973. Danach setzte ein langer und ungleichmäßiger Prozess der linken Erschöpfung ein. Die alten sozialen Bewegungen (v.a. die Arbeiterbewegung) geriet in eine tiefe Krise, während die neuen sozialen Bewegungen (Ökologie, Frieden, Frauen, sexuelle Identität) in der ersten Hälfte der 1980er Jahre weitgehend zusammenbrachen, wenngleich sie sich in den Neoliberalismus einzuschreiben und schließlich – unter neoliberalen Vorzeichen – politisch-institutionell im neoliberalen Staat zu verankern vermochten bzw. hegemonial absorbiert wurden. Zugleich gelang es neoliberalen Regierungen nicht nur im Norden (Reagan, Thatcher, Kohl), sondern auch im Süden (Bsp. Fujimori in Peru) wiedergewählt zu werden. Schon in den späten 1970er Jahren wiesen Staatstheoretiker wie Joachim Hirsch und Theda Skocpol darum darauf hin, dass der kapitalistische Staat seine Funktionen erfüllen könnte und wenn auch ohne Legitimität, so doch wenigstens mit

passivem Konsens und Apathie und einem begrenzten Maß an Zwang fortbestehen könnte (vgl. hierzu näher Barrow 1993, 120-124 sowie ferner die Reflexion in der marxistischen Staatsdebatte im Neoliberalismus in Hall 1990 u. 2011; Hirsch 2005, 194; Candeias 2004, 330-34).

### *Legitimitätskrisen und die Europäische Integrationsforschung*

Im Kontext der europäischen Integrationsforschung ist das analytische Konzept Legitimität ironischer- und vielleicht paradoxerweise in den Mainstreamdebatten weiter verbreitet als in den marxistischen. Ausgehend von (weiterentwickelten) Legitimitätskonzeptionen von David Easton (1965), der zwischen »diffuser Unterstützung« eines politischen Systems (im Hinblick auf die abstrakten Institutionen und Entscheidungsfindungsprozesse) und »spezifischer Unterstützung« (konkreter oder materieller Policies) unterschied, ist ein breites Spektrum an Literatur entstanden, in der das Legitimitätskonzept auf die Europäische Union angewandt worden ist. Das Gros dieser Analysen fokussiert jedoch hauptsächlich auf die Ebene der diffusen Unterstützung (vgl. z.B. Zielonka 2007, 165). Das gilt auch für die (allein) rhetorisch vehemente Kritik von Jürgen Habermas (2012a, 90f), der den Fiskalpakt und die dominante Vertiefungsstrategie der Integration mitträgt und lediglich nachträglich durch Volksentscheide legitimiert sehen will (vgl. Habermas 2012b, 121f; Habermas/Bofinger/Nida-Rümelin 2012).

Der Mainstream-Diskurs identifiziert Auswirkungen autoritärer Entscheidungsfindungsprozesse auf die Legitimität, bleibt jedoch zu eng gefasst, wenn er sich nur auf das euphemistisch als »Demokratiedefizit« bezeichnete Problem des europäischen Integrationsprozesses bezieht. Es klammert grundlegende Fragen aus, denn Menschenrechte sind nicht bloß politische Rechte, sondern unmittelbar materiell. Die alte Kritik, dass das Recht auf aktive und passive Wahl oder die Meinungsfreiheit keine Kinder ernähre, wird zunehmend stärker relevant. Die Legitimationsprobleme jeder politischen Assoziation resultieren nicht bloß aus ihren institutionellen Eigenschaften und Grenzen. Dies gilt besonders in Bezug auf die komplexen intergouvernementalen Strukturen der Europäischen Union, da die »Input-Legitimität« (»Herrschaft *durch* das Volk«), d.h. die formal-demokratische Beteiligung, in der EU fehlt, insofern es an einer größeren europäischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft mangelt. Damit aber ist die »Output-Legitimität« (im Mainstream-Diskurs die »Herrschaft *für* das Volk«) allesentscheidend für den Grad der Unterstützung des politischen Systems der EU bzw. den Mangel an Unterstützung (Scharpf 1999; Anderson 2011, 510).

Wie Alan Cafruny und Magnus Ryner anmerken, historisch und konkret »[war] der Sozialstaat [...] maßgeblich entscheidend für die gesellschaftlich-politische Legitimität [...] in Europa«, denn er »spielte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine entscheidende Rolle dabei, die kapitalistischen Märkte mit der politischen Demokratie auszusöhnen« (Cafruny/Ryner 2007, 75; vgl. auch Anderson 2011, 509f). Schließlich war es das Ungleichgewicht zwischen den ökonomischen und politischen Dimensionen des europäischen Integrationsprozesses, d.h. der ausschließlich wirt-

schaftsgetriebene, »euro-monetaristische« Kurs der europäischen Integration seit den 1980er Jahren (Ziltener 1999, 133), der eine EU-Legitimitätskrise andeutete (vgl. Gill 1992; 1998). In den frühen 1990er Jahren ließ sich dies auch am Euro-Barometer ablesen (Deppe 2011, 14). Es entstand eine Situation, die als »Post-Maastricht-Krise« beschrieben worden ist (vgl. Deppe 1993; 2003; Beckmann/Deppe/Heinrich 2006), in der sich die politische Unterstützung der EU als »passiver Konsens« artikuliert. Diese Legitimitätskrise war paneuropäischer Natur, obschon er sich in Südeuropa erst später niederschlug, insofern die keynesianischen Wohlfahrtsstaaten, die durch den Prozess der neoliberalen Integration Europas hätten untergraben werden können, hier von Anfang an unterentwickelt waren (Cafruny/Ryner 2007, 77; Huke/Triandafilidou 2012, 18-21). Die frühen Beschreibungen einer anhaltenden Legitimitätskrise und ihre Bedingtheit durch die »Transformation europäischer Staatlichkeit« erwiesen sich im Nachhinein als begründet und korrekt. Wie Hans-Jürgen Urban (2012, 78) schreibt:

Im Kern waren alle [integrationspolitischen] Vorhaben wirtschaftlicher Natur, welche die politische und soziale Integration sowie die Herausbildung einer gemeinsamen kulturellen Identität vernachlässigten.

Es mag sinnvoll erscheinen, im Rahmen der EU-Debatte von der Entstehung von »Formen europäischer Staatlichkeit« (Bieling 2003; 2006) einschließlich einer europäischen Zivilgesellschaft zu sprechen. Hierbei ist allerdings immer der allgemeinere Kontext der spezifischen europäischen Form der Internationalisierung des Staates zu betrachten. Als »Verdichtungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zweiter Ordnung« (Brand/Görg/Wissen 2011) sind diese Verdichtungen zivilgesellschaftlich zweigeteilt und begünstigen in der Regel die dominanten Fraktionen des transnationalisierten Kapitals zu Ungunsten der lokal gebundenen europäischen Arbeit (Appeldoorn 2000; Beckmann/Bieling/Deppe 2003, 9). Die politische Entwicklung und Delegitimierung der EU ist durch einen grundsätzlichen Klassengegensatz gekennzeichnet: eine transnationale/kosmopolitische Bourgeoisie-Elite befürwortet und treibt das Integrationsprojekt voran, während die Arbeiterklassen es weitgehend ablehnen. Dieser entscheidende Klassengegensatz offenbarte sich ganz besonders dramatisch während der EU-Verfassungsreferenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland (Anderson 2011, 503ff, 510f); und gerade dieser Klassengegensatz macht die Output-Dimension der Legitimitätskrise der EU so entscheidend, weil er nämlich ihre Bedeutung nachhaltig unterstreicht.

### *Grundzüge eines empirischen Forschungsansatzes: Einige Indikatoren*

Der Fiskalpakt und die Eurokrise machen die Analyse von Legitimitätskrisen zu einer zentralen Aufgabe für die wissenschaftliche Forschung und für politische Akteure. Die Doppelkrise des Fiskalpaktes, d.h. ihre Widersprüche in Bezug auf seinen Input der antidemokratischen und autoritären Umsetzung und seinen Output einer zunehmenden Menschenrechtskrise im Kontext einer wachsenden Ungleichheit und – namentlich in der europäischen Peripherie – absoluten (anstatt relativen) Verelendung, erfordert systematische Erforschung. Das gilt sowohl für

input-fokussierte als auch output-fokussierte kritische Wissenschaft. In der Tradition des kritisch-dialektischen Ansatzes, der auf die Identifizierung menschlicher Emanzipationspotenziale abzielt, ist die Voraussetzung eines Verständnisses der Krise der Legitimation (und Repräsentation) in der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung, weil diese den Handlungsspielraum für Interventionen in die Widersprüche der Gegenwart strukturiert.

Forschung über Legitimationskrisen im Zeitalter der Austerität lassen es deshalb nicht nur erforderlich werden, die Schlüsselindikatoren von Legitimationskrisen in der EU zu identifizieren, sondern auch Vorschläge zu unterbreiten, wie diese operationalisiert werden könnten. Im Folgenden werden wir deshalb einige erste *Indikatoren von Legitimationskrisen* zur Diskussion stellen und im Anschluss daran einige vorläufige Forschungsergebnisse in Bezug auf eine Handvoll von ihnen präsentieren. Wir sehen im Grunde *vier* Indikatoren für Legitimationskrisen, die in eine Reihe von Subindikatoren unterteilt sind.

(I) Ausgehend von der Grundannahme, dass der Output allgemein entscheidender für die Legitimität der Europäischen Union ist als der Input, und in einem Verständnis, dass die Austeritätspolitik besonders in Südeuropa basale Menschenrechte verletzt, wird ein zentraler Indikator der Legitimationskrise der EU die *relative und absolute Verelendung der Bevölkerung und den relativen Niedergang in ihren grundlegenden Reproduktionsweisen und Lebensumständen* in den Blick nehmen müssen, die notwendig sind, ihre durch europäisches und internationales Recht verbrieften Menschenrechte in Anspruch nehmen zu können. Dies kann empirisch beispielsweise mit Bezug auf Kategorien wie die Entwicklung der Lohnquote, der Arbeitsmarktpartizipation (Massenarbeitslosigkeit und Massenunterbeschäftigung), Gesundheit und Ernährung, Lebenserwartung und andere Indikatoren, von denen viele beispielsweise auch zum Grundinstrumentarium der United Nations Human Development Reports gehören, gemessen werden. Dies sind materielle Faktoren, die konstitutiv sind für die Annahme und die Entfaltung von Legitimationskrisen.

(II) Der zweite Indikator ist die *Verschärfung von Tendenzen zu autoritärer Herrschaft und Bonapartismus*. Diese Tendenzen spiegeln sich in dem neoliberalen Projekt wider, dass der Präsident der EU-Kommission, Barroso, 2010 die »stille Revolution« genannt hat, die auf eine Vertiefung des Neuen Konstitutionalismus und disziplinierenden Neoliberalismus durch die Maßnahmen des Fiskalpaktes abzielt. Diese Dimension der Legitimität beinhaltet Aspekte wie (a) die Tendenz zur Etablierung von »technokratischen« Regierungen, die von Bankern, Top-Managern und Unternehmern dominiert werden (wie z.B. die Regierung Monti in Italien oder die Regierung Papademos in Griechenland) und (b) die Konstruktion der EFSF/ESM-Fonds auf eine Weise, die sie von jeglicher Form der demokratischen Kontrolle abschließt, indem sie allein für die Schuldentilgung dienen. Die Potenziale für Legitimitätskrisen werden dabei dadurch verstärkt, dass (c) diese Maßnahmen nicht bloß Herrschaftsmechanismen verkörpern, in denen Konsensmomente abgeschwächt und Zwangsmomente verstärkt werden, sondern von einer vollkommenen Abwesenheit jeglichen Prozesses der Konsensgenerierung geprägt sind, die im Grunde an eine Bankerdiktatur grenzt.

(III) *Eine Krise der Repräsentation und politischen Massenintegration; der Aufstieg neuer politischer Kräfte von der radikalen Rechten und von links (einschließlich Optionen für einen Autoritarismus von unten und Bonapartismus von oben)*. Dieses Element der Legitimationskrise beinhaltet eine Reihe von Aspekten, die als Indikatoren konzipiert und gemessen werden können:

(1) Die Entstehung eines anti-staatlichen »Alltagsverstands« und einer Politikmüdigkeit, die an den Glaubwürdigkeitsverlust der bürgerlichen Demokratie (und ihrer Problemlösungskapazitäten) gekoppelt ist. Anders ausgedrückt, worum es hier geht, ist der Grad des wahrgenommenen Versagens der staatlichen Führung und der neoliberalen Governance, der sich in der wachsenden Verachtung der Politik, des Staatspersonals und der Politiker im Allgemeinen äußert.

(2) Die Erosion der politischen Massenintegration, d.h. die Auflösung historischer politischer Cleavages, was in Europa vor allem die Christdemokratien und traditionellen Sozialdemokratien meint. Diese reflektiert sich im signifikanten Rückgang der Massenmitgliedschaft von Parteien dieses Typs<sup>1</sup> wider und in dem wachsenden Grad der Wählerfluktuation (zu Deutschland vgl. Walter 2009). Eine weitere wichtige Dimension ist die Erosion traditioneller Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Gewerkschaftsdichte, d.h. ein allgemeiner starker Antiinstitutionalismus, der auch die Organisationen und Parteien der beherrschten Klassen betrifft (Solty 2013). Daraus folgt:

(3) Die tendenzielle Verwandlung der traditionellen, programmatischen, basisdemokratischen Massenparteien in politische Plattformen und Quotenparteien, die stark durch die (bürgerlichen) Medien fremdbestimmt werden. Dies ist zu verknüpfen mit Indikatoren zur Annäherung zwischen westeuropäischen politischen Parteien und dem politischen System der USA. Diese Konvergenz beruht auf folgenden Entwicklungen: Die Kandidaten von Parteien bezahlen ihre Kampagnen selbst oder werden von Privatinteressenten finanziert; ein zunehmendes Ausbleiben interner programmatischer Debatten; das Vorherrschen von Einzelthemen als Trugbild oder Verhöhnung eines demokratischen Prozesses, der mit Deliberation und Meinungsbildung verbunden werden könnte. In diesem Umfeld werden Führungs- oder Präsidentschaftskandidaten, die gemeinhin kapitalistische Interessen abbilden, durch Meinungsumfragen »gesetzt« und nicht länger durch demokratische Auswahlverfahren in der Mitgliedschaft (die Erscheinungsform der »umfrage-getriebenen Partei«).

(4) Das Wachstum der Wahlenthaltung mit ihrem starken Klassencharakter im Neoliberalismus (zu Deutschland vgl. Forsa 2013).

(5) Die allgemeine Unzufriedenheit mit existierenden Regierungen und ihre regelmäßige Abwahl im Kontext einer allgemeinen »Italienisierung« der politischen Parteiensysteme, d.h. das Auseinanderfransen des politischen Systems, die Tendenz zu Dreipartei- oder kleinen Großkoalitionsregierungen, Regierungskrisen und Regierungsrücktritten (wie z.B. der jüngste in Bulgarien in Folge der Proteste

---

1 Beispiel: Die deutsche Christdemokratie und Sozialdemokratie haben jeweils seit 1990 die Hälfte ihrer Mitgliedschaft verloren.

gegen den Anstieg der Energiepreise). Ein weiteres Element ist die Unterbrechung der normalen Spanne der Legislaturperioden, d.h. die Tendenz zu Neuwahlen und des rapiden Sympathieeinbruchs gerade neugewählter Regierungen (was aufgrund der bonapartistischen Tendenzen nicht unbedingt auf das Spitzenpersonal der Regierung ausstrahlen muss, siehe unten). Schließlich gehört hierzu die Tendenz, dass die Abwahl von Regierungen und Regierungsparteien von der Ausnahme zur Regel wird.

(6) Das Wachstum rechtspopulistischer Formationen sowie von (alten und) neuen radikalen Linksparteien. Dies ist oft verbunden mit dem

(7) Aufstieg neuer (vor allem rechter) politischer Figuren, die sich für »charismatische Führung« (Gramsci 1991ff, *Gef*, 2, 286f) eignen, weil sie ein wirkliches oder zugeschriebenes antiberufspolitisches Profil geltend machen können, wie z.B. Christine O'Donnell und Sarah Palin in den USA, Karl-Theodor zu Guttenberg und Joachim Gauck in Deutschland, Pim Fortuyn und Geert Wilders in den Niederlanden, Jörg Haider und Frank Stronach in Österreich, Beppe Grillo in Italien etc. Solche Entwicklungen könnten einem neuen Autoritarismus den Boden bereiten bzw. für das, was Gramsci eine Form des »regressiven Cäsarismus« genannt und Franz Neumann (1954, 434, 448) als »cäsaristische Identifikation« auf den Begriff gebracht hat (vgl. auch Solty 2013 sowie Crouch 2004, 27 über Fortuyn und Habermas 2012b, 128f über Guttenberg und Gauck).

(8) Rechte Entsolidarisierungsbewegungen und politische Kräfte, die sich entlang geographisch-ethnischer Linien ent- und resolidarisieren: Dazu gehört die Rückkehr des regionalen Prosperitätsseparatismus z.B. im wohlhabenden Katalonien in Spanien, wo die Krise eine Sezessionsvolksabstimmung heraufbeschworen hat, und Belgien, wo mit dem Aufstieg der Flämischen Allianz zur stärksten Partei bei den Wahlen 2010 eine ähnliche Entwicklung in Gang gekommen ist.

(IV) *Die Vervielfachung der Krisen und die Entstehung eines »Alltagsverstandes« des Regierungs- und Politikversagens und einer Krise der (globalen) Führung, die sich in einem kulturellen Klima niederschlägt, das wir als das »Début-de-siècle des 21. Jahrhunderts« bezeichnen.* Damit meinen wir einen Alltagsverstand (im Sinne des Gramsci'schen Begriffs) und ein Gefühl in den Bevölkerungen, dass eine von den politischen Akteuren ungelöste Großkrise in die nächste übergeht, woraus ein Gefühl des Regierungsunvermögens und -versagens resultiert. Zu diesen Verkettungskrisen im politischen Massenbewusstsein gehören jüngst Krisen wie die allgemeine der Akkumulation, der (Staats-)Schulden, der gescheiterten Finanzmarktreflexionen, der dramatischen globalen Jugendarbeitslosigkeit, des Klimawandels, der Kernenergie (Fukushima), der Einwanderungs- und Integrationspolitik (besonders in Westeuropa), der wachsenden Einkommens- und Vermögensungleichheit und der wachsenden gesellschaftlichen Entwurzelung und Prekarisierung. So entsteht beim Aufschlagen der Zeitung ein Gefühl eines Sackgassen-Status-Quo, das gemessen werden kann in den Umfragen in zahlreichen Ländern, in denen konstante Mehrheiten angeben, ihr »Land entwickle sich in die falsche Richtung«. Das »Début-de-siècle« erscheint uns deshalb als signifikant, da die letzte Periode in der (europäischen) Geschichte, die von einem solchen expansiven Pessimismus, einer solchen tiefgehenden Frustration und Desillusionierung gekennzeichnet war, das »Fin-de-siècle«

gegen Ende des 19. Jahrhunderts war, das für den Zusammenbruch des liberalen (und sozialdemokratischen) Fortschrittsoptimismus und einen Pessimismus steht, der über den individuellen und später völkisch-kollektiven Sozialdarwinismus in den »Gewaltkult« des frühen 20. Jahrhunderts mündete.

Wir lehnen unseren Begriff ganz bewusst an diese Epoche an, um auf die potenziellen verheerenden Konsequenzen eines solchen gesellschaftlichen Klimas der Ausweglosigkeit und der massensubjektiven Handlungsunfähigkeit hinzuweisen. Die Brisanz des gegenwärtigen Moments ist darin zu sehen, dass er im Kontext der Neoliberalisierung der Sozialdemokratie und dem weitgehenden (wenigstens zwischenzeitlichen) Zusammenbruch der (westlichen) kommunistischen Parteien durch das wahrgenommene Fehlen einer (sozialistischen) Alternative zum Status Quo gekennzeichnet ist. Diese gefährliche Konstellation hat sich – dem fin-de-siècle nicht unähnlich – jetzt schon in der autoritären Radikalisierung des (wirtschafts-)liberalen Denkens niedergeschlagen, v.a. in den nach rechts gerückten Mittelklassen, die in den USA die Gestalt der Tea-Party-Bewegung und in Deutschland die Form der neuen »rohen Bürgerlichkeit« – wie sie von den Studien zu *Deutschen Zuständen* gemessen worden ist – angenommen hat. Das »Début de siècle« im 21. Jahrhundert ist damit ein beinahe barockes intellektuelles und kulturelles Klima des Niedergangs, der Hoffnungslosigkeit, des Relativismus und Zynismus, welches das Vakuum überzeugender und gangbarer Visionen von Alternativen zum Status Quo ausfüllt.

Alle diese vier Legitimationskrisen-Indikatoren lassen sich empirisch untersuchen und messen und sind im Großen und Ganzen leicht in operationalisierte Kategorien zu überführen. Das allerdings ist ein langfristiges Projekt, das ausführlich nur an anderen Stellen und zu anderen Zeitpunkten entwickelt und ausgeführt werden kann. Nichtsdestotrotz wollen wir auf einige gegenwärtige Entwicklungen hinweisen und einige dieser Kategorien vorläufig zur Anwendung bringen. Wir schließen darum mit ein paar vorläufigen Forschungsergebnissen, wie sich die Legitimationskrise in der Europäischen Union seit Krisenbeginn tendenziell entfaltet hat. Diese Ergebnisse beziehen sich alle auf die Krise der Repräsentation und politischen Integration sowie den Aufstieg neuer politischer Kräfte, so wie wir sie unter III skizziert haben. Dabei berücksichtigen wir im Folgenden die Aspekte der Wahlenthaltung (III.4), der »Italienisierung von Parteiensystemen« (III.5) und der Aufstiege rechtspopulistischer und linker Formationen (III.6).

### *Entstehung einer europäischen Legitimationskrise? Vorläufige Forschungsergebnisse*

*Wahlenthaltung* – Ad III.4: Eine umfassende Analyse der Krise der Repräsentation und politischen Massenintegration muss mehrere Ebenen berücksichtigen. Dazu gehören Verschiebungen in der Wahlbeteiligung, der Massenparteiliederschaft, der subjektiven und langfristigen Parteiloyalität, der Gewerkschaftsdichte, der Arbeitskonfliktbeteiligung etc. An dieser Stelle untersuchen wir einige der naheliegendsten Ausdrucksformen einer Krise der Repräsentation im Neoliberalismus und im Zeitalter der Austerität: die Wahlbeteiligung.



Die meisten Eurozonen-Länder, die seit dem Ausbruch der sogenannten europäischen Staatsschuldenkrise und seit der austeritätspolitischen Wende von 2009/2010 nationale Wahlen durchgeführt haben, sind von einem Rückgang der Wahlbeteiligung gekennzeichnet. Von den 13 der 17 Euroländer mit solchen Krisenwahlen ist die Wahlbeteiligung in fünf Ländern gestiegen und in acht Ländern zurückgegangen. Im Durchschnitt fiel die Wahlbeteiligung in der Eurozone länderübergreifend um insgesamt 2,6 Prozent. Es existiert allerdings ein starker Unterschied zwischen den austeritätsgeplagten Ländern in der europäischen Peripherie – Südeuropa (Portugal, Spanien, Italien, Malta, Griechenland, Zypern) und Irland – auf der einen, und den EFSF-ESM-Beitragsländern der Eurozone auf der anderen Seite. Der durchschnittliche Rückgang der Wahlbeteiligung seit Anbruch der Eurokrise in Südeuropa plus Irland beträgt 5,0 Prozent (einschließlich einem 3-Prozent-Anstieg in Irland), wohingegen in den nordeuropäischen Ländern ein (moderater) Anstieg der durchschnittlichen Wahlbeteiligung um 0,95 Prozent festzustellen ist.

Während des Höhepunkts der neoliberalen Hegemonie griffen Verteidiger des Status Quo zu Argumenten aus der Rational-Choice-Theorie, denen zufolge der allgemeine Anstieg der Wahlenthaltung im politischen Verhalten nicht das Ergebnis von Desillusionierung und Wut, sondern, im Gegenteil, als Zufriedenheit und Zustimmung zum Status Quo interpretiert werden könne. Da jetzt aber Europa vor einer entscheidenden Zäsur stehen könnte und die politischen Entscheidungen hinsichtlich der Austeritätspolitik die Lebensweisen von Dutzenden Millionen in nie zuvor dagewesenem Ausmaß betreffen, sind solche Überlegungen bestenfalls intellektuell kurzsichtig und schlechtestenfalls ideologische Demagogie. Eine plausible Schlussfolgerung lautet, dass ein wachsender Bevölkerungsteil – die Mehrheit davon aus den Arbeiterklassen – das Vertrauen in alle existierenden Parteien verloren hat. Die Dynamik seit Krisenbeginn scheint die folgende zu sein: Während sich unter den Bevölkerungen in Nordeuropa eine leichte Repolitisierung feststellen lässt, entfaltet sich in Südeuropa eine ziemlich markante Krise der Repräsentation und Legitimation.

*Abwahl/Sturz von Krisenregierungen – Ad III.5:* Der allgemeine Trend diesbezüglich scheint zu sein, dass Regierungen in der Krise Legitimationskrisen unterlaufen, weil sie entweder ihren Bevölkerungen harsche Austeritätsprogramme auf(zu)erlegen (gezwungen sind) oder weil sie Steuergelder ihrer Bevölkerungen an den EFSF/ESM-Mechanismus transferieren, um die großen globalen Banken und Investmentfonds zu retten, die in südeuropäische Staatsanleihen investiert haben. Mit der Ausnahme Zyperns (2011), Estlands (2011) und der Niederlande (in den zweiten nationalen Wahlen während der Krise 2012) haben alle regierenden Parteien oder Koalitionsregierungen Wahlniederlagen hinnehmen müssen bzw. es werden ihnen seit geraumer Zeit Wahlniederlagen in kommenden Wahlen vorhergesagt. Deren Ausmaße reichen von einem erwarteten Zuspruchsverlust von 3 Prozent in den anstehenden nationalen Wahlen in Österreich 2013 bis zum kombinierten Rückgang des Wählerzuspruchs zur regierenden Großen Koalition in Griechenland während der Wahlen von Mai 2012 um 45,36 Prozent. Wie zu erwarten, waren die Verluste in den unter der Austerität leidenden, südeuropäischen Ländern und Irland, wo die Unterbeschäftigung und



Massenarbeitslosigkeit Rekordhöhen erreicht hat (einschließlich einer Jugendarbeitslosigkeit von 60 Prozent in Spanien), die öffentlichen Gehälter gekürzt und eingefroren, der Mindestlohn herabgesenkt und die Flächentarifverträge massiv untergraben worden sind, besonders stark ausgeprägt. So haben in den jeweiligen Krisenwahlen hier – mit der Ausnahme Zyperns, wo eine Mitte-Links-Regierung tatsächlich einige (unter gegebenen Bedingungen) durchaus fortschrittliche Maßnahmen verabschiedete, alle regierenden Parteien und Parteienkoalitionen einen massiven Einbruch in der Wählerzustimmung erfahren. Diese reichen von minus 8,5 Prozent in Portugal, minus 15,11 in Spanien, minus 27,1 in Irland, minus 36,4 in Italien bis minus 45,36 Prozent in Griechenlands Mai-2012-Wahlen.

Indes sind es nicht bloß die Troika-subordinierten Länder, sondern auch die Steuergelder für die Rettung der globalen Hochfinanz im EFSF/ESM-Mechanismus aufwendenden Länder, die Einbrüche in der Legitimität ihrer Regierungen erlebt haben, wenngleich sich diese nicht auf dem Hochniveau der EU-Peripherieländer bewegen. Diese reichen von erwarteten Verlusten von drei bzw. vier Prozent für die Regierungen in Österreich und Deutschland, über minus fünf Prozent in Frankreich, minus 10,6 Prozent in Finnland, minus 11,7 in Belgien und minus 15,3 in den 2010er Wahlen in den Niederlanden bis minus 32,68 Prozent in Slowenien. Mit anderen Worten: Die Krisenwahlen in der Eurozone weisen auf eine tiefe Krise der Glaubwürdigkeit und des Zuspruchs für die herrschenden Parteien hin. Diese ist deutlich in den Einzahler-Ländern zum EFSF/ESM-Mechanismus und extrem in den Ländern, denen die Austeritätsprogramme im Austausch für die Kredite oktroyiert werden. Die Frage bleibt allerdings, wohin diese Stimmen gehen. Diesbezüglich skizzieren wir weiter unten einige mögliche Antworten.

*Aufstieg von EU-kritischen Kräften des Rechtspopulismus und der Linken – Ad III.6:* In vielerlei Hinsicht sind es die Parteien der Opposition (Mitte-links oder Mitte-rechts), die von der Erosion der Legitimität der Regierungen profitieren. Da diese Parteien in der Regel jedoch keine grundlegende Alternative und Opposition zum ESM und der Politik der Troika artikulieren, scheint sich eine Öffnung für Bewegungen der radikalen Rechten und radikalen Linken zu ergeben. Dieses Potenzial muss vor dem Hintergrund des Niedergangs der Grundversorgung und Wohlstands breiter Bevölkerungsteile und der weitverbreiteten Wut über die Bankenrettungen und ferner der Entstehung starker und wachsender gesellschaftlicher Widerstandsbegehungen gegen die Austeritätspolitik (v.a. von links) gesehen werden.

Alte und neue Parteien der radikalen Linken und Rechten, die eine fundamentale Opposition zum Status Quo artikulieren, gewinnen – im Rahmen einer ungleichen Entwicklung – an Zustimmung. Eingedenk der Tatsache, dass die Klassenbasis, Weltanschauung, Strategie usw. dieser Parteien deutlich verschieden sind und sie eben an zwei (auch subjektiv) entgegengesetzten Polen des politischen Spektrums angeordnet sind, kann beobachtet werden, dass der kombinierte Wähleranteil dieser (neuen bzw. erstarkten) politischen Kräfte während der Krise in wenigstens acht von 13 Euro-Ländern, wo diese Parteien bislang eine Rolle gespielt haben oder jetzt eine Rolle spielen und wo seit Ausbruch der Eurokrise Wahlen stattgefunden haben,

zugenommen hat. So stieg der gemeinsame Wähleranteil der radikalen Oppositionsparteien von rechts und links von 0,6 Prozent in Irland, 1,085 in Zypern, 3,15 in Spanien, 8,49 in Frankreich, 12,35 in Belgien, 18,5 in Italien und 19,10 in Finnland bis 21,83 Prozent in Griechenland, während Schätzungen für die anstehenden österreichischen Wahlen einen prozentualen Anstieg von 4-10 Prozent vorhersagen. Allein in Slowenien lässt sich eine reale Abnahme des Zuspruchs radikaler Parteien von rechts und links feststellen, während die Ergebnisse in der Slowakei, den Niederlanden und Portugal wenig aussagekräftig sind und die Umfrageergebnisse in Deutschland einen Rückgang der Stimmen für Die LINKE prognostizieren, aber mit den »Piraten« und der bürgerlich-eurokritischen »Alternative für Deutschland« und der marginalen Unterstützung für Parteien der extremen Rechten wenigstens die Aussicht besteht, dass dieser Rückgang von anderen Oppositionsparteien aufgefangen wird.

Zwischen den »Bezieher«-Ländern der EFSF/ESM-Kredite und den »Geber«-Ländern scheint ein deutlicher Unterschied zu bestehen. In Frankreich, Belgien, Finnland und bald sehr wahrscheinlich auch in Österreich hat sich die Ausweitung des politischen Zuspruchs für radikale politische Kräfte vor allem rechts artikuliert. In Griechenland und in geringerem Maße in Spanien und Italien, wo die sozialliberal und egalitär statt exkludierend auftretende Fünf-Sterne-Bewegung einen Großteil der Stimmen aus dem linken Lager bezogen hat, ist das Zuspruchswachstum für radikale Parteien vor allem auf der linken Seite des politischen Spektrums festzustellen.

In den Fällen Frankreichs, Belgiens und Österreichs scheint eine Rolle für diese Entwicklung gespielt zu haben, dass ihre jeweiligen rechtspopulistischen Parteien von seit Jahren starken Organisationsstrukturen sowie (zivil-)gesellschaftlicher und politisch-institutioneller Verankerung (mit durchaus starker Unterstützung von Seiten der Arbeiterklasse in Frankreich und Österreich) profitieren. Die Ausnahme bilden die Niederlande, in denen der Rechtspopulismus auch auf den über Jahre entwickelten Erfolg (wenigstens bei Wahlen) mit einer ähnlichen Verankerung in der Arbeiterklasse zurückgreifen kann. Für die Divergenz zwischen den drei erstgenannten Ländern und den Niederlanden scheint von daher nicht zuletzt die Quasiregierungsbeteiligung der PVV von Geert Wilders ausschlaggebend für ihre Popularitätseinbußen und den zeitweiligen Aufstieg der postmaoistisch-linken Sozialistischen Partei als stärkster Kraft in den Umfragen gewesen zu sein. Das Beispiel Finnland, wo die Wahren Finnen aber quasi aus dem Stand einen dramatischen Stimmenzuwachs verbuchten, unterstreicht allerdings wieder das schnelle Expansionspotenzial auch für EU-kritische, rechtspopulistische Parteien ohne lange Verankerung. Solange rechtspopulistische Stimmungen als Potenzial in der Zivilgesellschaft vorhanden sind, könnten folglich auch solche Länder wie z.B. Deutschland, in denen sich bislang noch keine rechtspopulistischen Parteien auf der nationalen Ebene etablieren konnten, bald in diesem Sinne europäisch »normalisiert« werden.

Entgegen dieser Entwicklung im »Norden« scheint die Entwicklung in den Mittelmeerländern auf die Entstehung von Volksfronten gegen die Austeritätsmaßnahmen, die ihnen ihre Regierung im Interesse des globalen Finanzkapitals auferlegen, hinzu-

deuten. Zugleich bedeutet das Fehlen von (unabhängigen) rechtspopulistischen Formationen auf der politischen Ebene in Portugal und Spanien, die wohl auf die historische Erfahrung mit und die Erinnerung an autoritäre Herrschaft zurückzuführen ist (Eser 2012: 107f), nicht, dass die Entstehung von rechtspopulistischen und neofaschistischen Antworten auf die Krise zu vernachlässigen, geschweige denn auszuschließen wäre. Das Beispiel Griechenland zeigt, wie starke »ausländerfeindliche« und rassistische Reaktionen möglich sind, wenn nicht sogar wahrscheinlich (Huke/Triandafilidou 2012, 23-28).

### *Einige vorläufige Schlussfolgerungen*

Das disziplinär-neoliberale Projekt der EU-Eliten zielt gegenwärtig darauf ab, ein Zerbrechen der Eurozone abzuwenden und die Krise zu nutzen, ihre bevorzugte Integrationsweise der europäischen Integration zu vertiefen. Ihr Projekt ist in dieser Phase von einem Hauptwiderspruch gekennzeichnet. Wir haben versucht zu zeigen, dass die Legitimität des europäischen Integrationsprojekts weitgehend auf seiner Fähigkeit beruhte, Wohlfandeffekte/Wohlfahrt zu generieren. Das Zusammenspiel aus dem Versagen, materiellen Massenwohlstand zu schaffen, und der transnational-elitäre Charakter insbesondere der letzten Welle regionaler Integration in Europa seit 1979 hat zu einer Unterentwicklung der europäischen politischen Union mitsamt einer europäischen Zivilgesellschaft geführt. Es mangelt an populärer Unterstützung und einer gemeinsamen europäischen Identität. Zu einem Zeitpunkt, wo die nördlichen EU-Führer gezwungen sind, europäische Formen von Staatlichkeit in Gestalt einer gemeinsamen Steuer- und Wirtschaftspolitik mit von der EZB ausgegebenen gemeinsamen Staatsanleihen zu vertiefen, schlägt die ursprüngliche Vorkrisenillegitimität auf die das EU-Projekt tragenden Eliten zurück. Diesen Widerspruch verschärft, dass das dominante Projekt des europäischen historischen Blocks einer (fiskal-)politischen Integration ausgerechnet zu einem Zeitpunkt verfolgt wird, in dem nationalistische und EU-kritische Stimmungen in nie zuvor gesehener Stärke seit dem Beginn der europäischen Einigung in den EU-Mitgliedsstaaten zurückgekehrt sind. Im Umkehrschluss macht dies jedoch die autoritäre Implementierung des anvisierten Prozesses wahrscheinlicher, wenn nicht sogar unausweichlich (Urban 2011, 33). Das gilt besonders, weil (a) die »Transferunion« nordeuropäische Steuergelder verwendet, um die Interessen der globalen Banken, die im Besitz südeuropäischer Staatsanleihen sind, abzusichern, und (b) die damit einhergehenden Austeritätsmaßnahmen in erheblichem Maße die basalen Menschenrechte in der südlichen EU-Peripherie verletzen – und zwar entgegen der weit zurückreichenden rechtlichen (Selbst-)Verpflichtungen der europäischen Führungselite, diese zu schützen und auszudehnen. Die Maßnahmen der EU-Eliten untergraben daher sowohl im Nord-Zentrum als auch in der Süd-Peripherie die Output-Dimension des europäischen Integrationsprojektes. Voraussichtlich wird die entstehende Legitimationskrise, die wir in diesem Aufsatz dokumentiert haben noch tiefer werden. Das jedoch macht eine Entwicklung wahrscheinlich, die wir den *Teufelskreis des posthegemonalen Autoritarismus* nennen: Je stärker die politische

Entscheidungshoheit zentralisiert und die relevanten Entscheidungen von demokratisch nicht rechenschaftspflichtigen und demokratisch unkontrollierten Institutionen und technokratischen Regierungen vorgenommen werden, umso stärker wird sich der Widerstand gegen diese Entwicklungen richten und umso mehr Repression wird gegen ihn angewendet werden müssen, was wiederum eine Stärkung des Widerstands und weiter verstärkten Zulauf zu den »populistischen« Kräften von links und rechts plausibel macht. Dabei ist es des Weiteren denkbar, dass die Stärkung dieser Kräfte in den nationalen Parlamenten wiederum noch mehr Zentralisierung erfordert und zugleich die Spannungen innerhalb der Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien über den richtigen Kurs erhöhen wird. Dies jedenfalls lässt die Beschäftigung mit der Fragestellung der (II-)Legitimität der EU-Krisenpolitik zu einem dringlichen Unterfangen werden. Den Graben zwischen Anspruch und Wirklichkeit der EU aufzuzeigen, dient dabei als wichtiges Mittel, Alternativen zum gegenwärtigen Kurs stark zu machen, in denen die Erhaltung der Menschenrechte und der demokratischen Mitbestimmung die Maßgabe der Politik ist.

### Literatur

Anderson, Perry, *The New Old World*, London-New York 2011

Appeldoorn, Bastiaan van, »Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists«, in: Bieling, Hans-Jürgen, u. Jochen Steinhilber (Hg.), *Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationsforschung*, Münster 2000, 189-221

Barroso, José Manuel, *Speech given at the European University Institute*, Florence, 18.6.2010, [www.eui.eu/News/2010/06-07-Barroso.aspx](http://www.eui.eu/News/2010/06-07-Barroso.aspx)

Barrow, Clyde W., *Critical Theories of the State: Marxist, Neo-Marxist, Post-Marxist*, Madison 1993

Beckmann, Martin, Frank Deppe u. Mathis Heinrich, »In schlechter Verfassung? Ursachen und Konsequenzen der EU-Verfassungskrise«, in: *Prokla*, 36. Jg., 2006, H.3, Nr. 144, 307-24

Bieling, Hans-Jürgen, »Die neue europäische Ökonomie: Transnationale Machtstrukturen und Regulationsformen«, in: ders., Martin Beckmann u. Frank Deppe (Hg.), »Euro-Kapitalismus« und globale politische Ökonomie, Hamburg 2003, 41-67

Ders., »Europäische Staatlichkeit«, in: Brethauer, Lars u.a. (Hg.), *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*, Hamburg 2006, 223-39

Brand, Ulrich, Christoph Görg u. Markus Wissen, »Second Order Condensations of Societal Power Relations. Environmental Politics and the Internationalization of the State from a Neo-Poulantzian Perspective«, in: *Antipode*, 43. Jg., 2011, H. 1, 149-75

Cafruny, Alan W., u. J. Magnus Ryner, *Europe at Bay. In the Shadow of US Hegemony*, Boulder-London 2007

Candeias, Mario, *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*, Hamburg 2004

Deppe, Frank, »Von der »Euphorie« zur Erosion: Anmerkungen zur Post-Maastricht-Krise der EG«, in: ders., u. Michael Felder (Hg.), *Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft*, Studie Nr. 11 der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft, Marburg 1993, 7-62

ders., »Die Gewerkschaften und der Euro-Kapitalismus«, in: ders., Martin Beckmann u. Hans-Jürgen Bieling (Hg.), *Euro-Kapitalismus« und globale politische Ökonomie*, Hamburg 2003, 169-95

Ders., »Der Weg in die Sackgasse: Eine kurze Krisengeschichte der Europäischen Union«, in: ders., Joachim Bischoff, Richard Detje u. Hans-Jürgen Urban, *Europa im Schlepptau der Finanzmärkte*, Hamburg 2011, 9-29

Easton, David, *A Systems Analysis of Political Life*, New York 1965

Eser, Patrick, »Rechtspopulismus in Spanien. Katalonien, der nationale Konflikt und die rechtspopulistische *Plataforma per Catalunya* (PxC)«, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.), *Rechtspopulismus in der Europäischen Union*, Hamburg 2012, 107-29

Forsa (Hg.), *Wähler und Nichtwähler zu Beginn des Wahljahres 2013 in Deutschland*, Berlin 2013

Gill, Stephen, »The Emerging World Order and European Change: the Political Economy of European Union«, in: Miliband, Ralph, u. Leo Panitch (Hg.), *Socialist Register 1992: The New World Order*, London u.a., 157-96

ders., »European governance and new constitutionalism: Economic and monetary union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe«, in: *New Political Economy*, 3. Jg., 1998, H. 1, 5-26

Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, zehn Bände, Hamburg 1991ff

Habermas, Jürgen, *Ach, Europa*, 4. Aufl., Frankfurt/M 2012 (zit. 2012a)

Ders., *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, 4. Aufl., Frankfurt/M 2012 (zit. 2012b)

Ders., Peter Bofinger u. Julian Nida-Rümelin, »Einspruch gegen die Fassadendemokratie«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 180, 48.2012, 33

Hall, Stuart, *The Hard Road to Renewal: Thatcherism and the Crisis of the Left*, 2. Aufl., London-New York 1990, 123-60

Ders., »Eine permanente neoliberale Revolution«, in: *Das Argument* 294, 53. Jg., Nr. 5, 2011, 651-71

Hirsch, Joachim, *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg 2005

Huke, Nikolai, u. Haris Triandafilidou, »Rechtspopulismus in der Euro-Krise«, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.), *Rechtspopulismus in der Europäischen Union*, Hamburg 2012, 13-34

Jessop, Bob, *The Future of the Capitalist State*, Oxford 2002

Neumann, Franz L., »Angst und Politik« (1954), in: ders., *Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954*, Frankfurt/M, 424-59

Scharpf, Fritz, *Regieren in Europa: Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt-New York 1999

Solty, Ingar, »The Crisis Interregnum. Considerations on the Political Articulation of the Global Crisis: From the New Right-Wing Populism to the Occupy Movement«, in: *Studies in Political Economy*, 91. Jg., 2013 (im Erscheinen)

Urban, Hans-Jürgen, »Das neue Europa: Stabil und autoritär? Europas Weg in einen neuen Autoritarismus«, in: ders., Joachim Bischoff, Frank Deppe u. Richard Detje, *Europa im Schlepptau der Finanzmärkte*, Hamburg 2011, 30-64

Ders., »Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht? – Europas Weg in den Autoritarismus«, in: *Blätter für Deutsche und internationale Politik*, 57. Jg., 2012, H. 7, 77-88

Walter, Franz, *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, Bielefeld 2009

Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1980

Zielonka, Jan, *Europe as Empire. The Nature of the Enlarged European Union*, Oxford 2007

Ziltener, Patrick, *Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit*, Münster 1999